



FÉDÉRATION INTERNATIONALE DES CONSEILS
EN PROPRIÉTÉ INTELLECTUELLE

INTERNATIONAL FEDERATION OF
INTELLECTUAL PROPERTY ATTORNEYS

INTERNATIONALE FÖDERATION
VON PATENTANWÄLTEN

Resolution des Exekutivkomitees Cannes, Frankreich, 25. bis 29. September 2022

"Flexibler Ansatz für versäumte Fristen und andere Fehler"

FICPI, die Internationale Föderation von Patentanwälten, die die freiberuflich tätige Patentanwaltschaft weltweit umfassend repräsentiert, hat auf dem Weltkongress in Cannes, Frankreich, vom 25. bis 29. September 2022, folgende Resolution verabschiedet:

berücksichtigend, dass die Ämter für geistiges Eigentum während der Covid-19-Pandemie Fristverlängerungen gewährt und/oder Schutzrechte flexibler als zuvor wiedereingesetzt haben;

feststellend, dass die Unsicherheit, die durch die vorzeitige Beendigung von Schutzrechten entsteht, den Anreiz zur Nutzung des IP-Systems verringert;

in der Überzeugung, dass die Beendigung eines Schutzrechts aufgrund eines unbeabsichtigten Fristversäumnisses oder eines anderen unbeabsichtigten Fehlers eine unverhältnismäßige Strafe darstellt;

in Anbetracht unserer früheren Resolutionen, in denen wir auf mildere Regeln und Praktiken in dieser Hinsicht gedrängt haben, wie z. B. "PLT Relief and Reinstatement Measures"¹, "Standard for Re-establishment of Rights"², "Reinstatement of Rights in Industrial Designs"³, "Restoration of Priority Rights"⁴, und "PCT National Phase Requirements"⁵;

anerkennend, dass die Bestimmungen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand im Allgemeinen an Bedingungen geknüpft sind, die die berechtigten Interessen Dritter wahren;

fordert die Ämter für geistiges Eigentum **nachdrücklich** auf, einen vergleichbar flexiblen Ansatz zu verfolgen, wie er während der Covid-19-Pandemie angewandt wurde, und daher die verfügbaren Rechtsvorschriften so weit wie möglich zugunsten der Gewährung von Fristverlängerungen und der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand anzuwenden, wobei nur angemessene Sanktionen verhängt und die berechtigten Interessen Dritter berücksichtigt werden sollten;



fordert ferner nachdrücklich, dass Gesetze, Verordnungen und Richtlinien erforderlichenfalls geändert werden, um einen solchen vergleichbaren flexiblen Ansatz umzusetzen, auch durch Anwendung des "unbeabsichtigt Standards" für die Wiedereinsetzung.